



STADTBAUAMT SPAICHINGEN

GEMEINDE

SPAICHINGEN

OBJEKT

BEBAUUNGSPLAN

MASSTAB

1:500

H E U B E R G B A H N D A M M

PLAN

NR.

GEZ. AM

12.3.76.

AND AM

19.6.76.




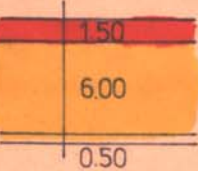


23.7.76.


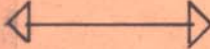
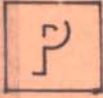

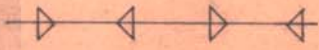


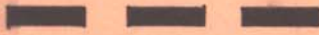

20.9.76.

GESEHEN AMTSLEITER

*Heuberg*

# Zeichenerklärung

WA	Allgemeines Wohngebiet
I+U	Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)
II	Zahl der Vollgeschosse (zwingend)
0.4	Grundflächenzahl
0.6	Geschossflächenzahl
○	offene Bauweise
48°Λ	Dachneigung
	Baugrenze geplant
	Baulinie bestehend
	Baulinie alt, wird aufgehoben
	Gehweg
	Fahrbahn
	Sicherheitsstreifen
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Telefon Freileitung

	Überfahrten von Grünstreifen (Betonrasensteine)
	Fluchttrichtung
	Parkplatz
GA	Flächenempfehlung für Garagen
UGGA-EGGA	Untergeschoss - Erdgeschossgarage
	Umlenkerstation
	Niederspannung Freileitungen
	mit Leitungsrecht belastete Flächen
	von der Bebauung freizuhaltende Grundstücke und Grundstücksteile
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
(N) BM	Niederspannung Betonmast
(T) HM	Telefon Holzmast
(N) HM	Niederspannung Holzmast
	Pflanzgebot (Empfehlung)



Der Auszug stimmt mit dem  
Liegenschaftskataster überein.  
Tuttingen, den 15.12.76

Staatl. Verm. Amt Tuttingen

Reg.-Vermessungsrat





Genehmigt

aufgrund § 11 BBauG

Tuttlingen, den 1. März 1978

Landratsamt

i. A.

VERFAHRENSVERMÖGEN

1. Der Gemeinderat hat dem Entwurf am 23.6.76 ..... zugestimmt.

Teufel

2. Als Entwurf gem. § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegt vom 11.10.76  
bis 12.11.76 Auslegung bekanntgemacht am 25.3.763. Als Satzung gem. § 10 BBauG vom Gemeinderat beschlossen  
am 22.11.76 .....4. Genehmigt gem. § 11 BBauG vom Landratsamt Tuttlingen mit  
Erlass vom 1.3.78 .....5. Öffentlich ausgelegt gem § 12 BBauG ab .....6. Genehmigung und Auslegung bekanntgemacht am 10.3.78 .....7. In Kraft getreten am 10.3.78 .....

Spaichingen, den 28.3.78

Bürgermeisteramt



Lapp

# Bebauungsplan "Hainbergbahn damm"

xx vereinfachte Änderung  
 Baugrenzen für Flst. 427419  
 Kein Plan vorhanden

	Inhalt	Satzungsbeschluss	Begründung	Textfestsetzungen	Lageplan	Genehmigung Landratsamt	Rechtskraft
Urfassung		22.11.76			3	1.3.78	11.3.78
1. Änderung	xx	26.4.82				—	—
2. Änderung	Einführung Tranf gesins- regelung	13.7.83				—	
3. Änderung	Persolen, G.-hütten	14.9.92				—	
4. Änderung	Ausweisung	7.7.97				—	28.3.98
5. Änderung	Baugrenzen						
6. Änderung							



## Begründung zum Bebauungsplan Heubergbahndamm (§ 9 Abs. 6 BBauG)

### 1. Erfordernis der Planaufstellung

Nach Stilllegung der Bahnlinie Spaichingen - Reichenbach (E.B. 4) wurden die bis dahin beanspruchten Restflächen von der Bundesbahn an die Stadt Spaichingen rückveräußert. Um den Nachfragen nach Bauplätzen für zentrumsnahe Wohnen nachzukommen, soll für die freigewordenen Flächen zwischen der Dreifaltigkeitsberg- und der Lembergstrasse die Bebauung für den Wohnbedarf festgelegt werden. Um die geplante Restbebauung des topographisch stellenweise ungünstigen, jedoch landschaftlich reizvollen Geländes in geordnete Bahnen zu lenken, hat der Gemeinderat für das Plangebiet Heubergbahndamm am 24.5.1976 die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.

### 2. Einfügung in die Bauleitplanung

Für die Stadt Spaichingen besteht ein Flächennutzungsplan im Entwurf. Dieser Plan weist in dem hier überplanten Gebiet eine Bebauung aus. Das Baugebiet schließt im Osten an die parallel zum ehemaligen Bahngelände verlaufende Heubergstrasse an und wird im Süden durch die Dreifaltigkeitsbergstrasse, im Norden durch das Gelände der Schillerschule an der Lembergstrasse begrenzt. Die Geltungsbereichsbreite, d.h. die Ausdehnung nach Westen, richtet sich weitgehend danach, ob angrenzende Gebäude oder Grundstücke durch die Planung betroffen sind.

### 3. Rechtsverhältnisse

Für das Plangebiet bestand bisher kein qualifizierter Bebauungsplan. Im Bereich der Lemberg-, Danziger- und Silcherstrasse existieren Baulinienpläne von 1951 und 1955. Da diese Anschlussgebiete bebaut sind, wurde auf Neufestsetzung weitgehend verzichtet.

### 4. Bestand

Das ehemalige Bahngelände ist unbebaut. Die Bebauung wird in Teilbereichen (Heubergstr. 3-11 mit Scheibenstr. 32) nur durch die Zustimmung der Nachbarn ermöglicht, die jeweils Teilflächen ihrer Parzellen zur Heubergstrassenbebauung abgeben. Der teilweise abgeboßelte Bahndamm ist ohne technische Schwierigkeiten bebaubar. Die vordergründigen Nachteile gegenüber einem ebenen Gelände werden durch die ruhige, zentrumsnahe Wohnlage und die gute Aussicht wettgemacht. Die Grundstücke befinden sich im Besitz der Stadt. Ein bodenrechtliches Verfahren wird zur Verwirklichung der Planung nicht notwendig.



## 2. Erschliessung

### a) Fahrverkehr und Fußgängerbereiche

Die Haupteerschliessungsstrassen sind bereits ausgebaut. Die Herstellung der Stichstrassen Lemberg-, Danziger- und Böttingerstrasse, jeweils im oberen Wendehammerbereich, wird in die Gesamterschliessung ebenso einbezogen wie die noch fehlende Anschlussverbindung der Scheibenstrasse an die Heubergstrasse. Durch das Plangebiet verläuft parallel zur Heubergstrasse ein 2,25 m breiter Wanderweg als Naherholungsanlage dessen Ausbau zum geplanten Freizeitgebiet "Hofener Wäldchen" schon zu 3/4 hergestellt ist. Von der Dreifaltigkeitsbergstrasse bis zur Scheibenstrasse soll der Wanderweg makadamisiert, von der Scheibenstrasse bis zum "Hofener Wäldchen" mit Kiessplittbelag versehen werden. Der Weg ist durch einen mindestens 1,50 m breiten Grünstreifen von der Haupteerschliessungsstrasse abge-

### b) Ruhender Verkehr

Flächen für den ruhenden Verkehr werden auf den Grundstücken ausgewiesen.

### c) Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Wasser ist gesichert. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist durch die Stationen an der Böttinger Strasse und in der Schillerschule gedeckt. Eine geordnete Abwasserbeseitigung ist gewährleistet und unproblematisch, da mit den 12 geplanten Gebäuden an 5 verschiedenen Ortskanälen angeschlossen wird. Alle Anschlußdohlen sind an die Sammelkläranlage angeschlossen, die demnächst erweitert wird. Mit den Vorplanungsarbeiten wurde bereits begonnen. Die Erschließungsarbeiten sollen im Frühjahr 1977 beendet sein. Es wird damit gerechnet, daß die Bebauung bis spätestens 1985 abgeschlossen ist.

## 6. Bauliche und sonstige Nutzung

Die geplanten Gebäude im Geltungsbereich stellen einen sinnvollen Übergang der zweistöckigen Bebauung im Osten mit der einstockigen Bebauung westlich der Heubergstrasse dar. Städtebaulich wird eine teilweise 70 m breite ungepflanzte Brachfläche neu geordnet und gut genutzt. Die trennende Funktion der Bahnlinie zwischen den beiden Baugebieten wird durch die lockere Bebauung aufgehoben und bestmöglichst korrigiert.

## 7. Erschliessung

Für das Plangebiet Heubergbahndamm entstehen nachfolgend aufgeschlüsselte Erschliessungskosten:



Kostenaufstellung:

1. Gehweg von Dreifbgstr. - Scheibenstr.	DM 40 000
2. Straßenbeleuchtung wie vorh.	DM ----
3. Grünstreifen	DM 10 000
4. Sonstiges	DM 7 000
5. Kanalisation	DM 75 000
6. Wasseranschlüsse	DM 20 000
7. EVS-Kabel umlegen	DM 31 500
8. Wendeplatte Böttinger Str.	DM 22 000
9. Verlängerung Danziger Str. (Str. 21 000, Gehweg 7 000)	DM 28 000
10. Verlängerung Lembergstr.	DM 42 000
11. Verlängerung Scheibenstr. Mehrkosten infolge Ausbau bis zur Silcherstr.	DM 34 000
12. Fußweg bei Gebäude Böttinger Str. 13	DM 9 000

Gesamtkosten

DM 318 500

=====

Spaichingen, den 19. Aug. 1976

*Teufel*

Teufel  
Bürgermeister



Genehmigt

aufgrund § 11 BBauG

Tuttlingen, den 1. März 1978

Landratsamt

i. A.

*Teufel*  
Teufel

-5

Anlage 1

Vorlage für den Gemeinderat und TA Nr. 92/76

Betr.: Bebauungsvorschriften und Begründung zum Bebauungsplan  
Heubergbahndamm

Beschlußvorschlag:

In Ergänzung der Planzeichnung Heubergbahndamm wird folgendes festgesetzt:

1. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1) BBauG)

Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968.

1.1 Art der baulichen Nutzung

- a) Im Plangebiet ist allgemeines Wohngebiet (WA) nach § 4 Baunutzungsverordnung vorgeschrieben.
- b) Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde im Einzelfall zulassen.

1.2 Maß der baulichen Nutzung

- a) Für die Zahl der Vollgeschosse gilt der Planeinschrieb.
- b) Bei ausreichendem Geländegefälle (Hanglagen) darf das Untergeschoß talseitig als Wohngeschoß genutzt werden.
- c) Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch die Festsetzungen von Baugrenzen und Baulinien ausgewiesen.
- d) Die im Plan eingeschriebenen Grundflächenzahlen sind Höchstwerte.
- e) Die im Plan eingeschriebenen Geschoßflächenzahlen sind Höchstwerte.

1.3 Bauweise

- a) Als einzuhaltende Bauweise ist offene Bauweise vorgeschrieben.
- b) Die Flurstückung ist im Plan eingeschrieben.
- c) Soweit im Plan keine Flächen für freistehende Garagen ausgewiesen sind, sollen Erstgaragen unter dem Dach des Hauptbaukörpers untergebracht werden.

Bei ausgewiesenen Garagenflächen können Garagen auch wahlweise im Hauptbaukörper eingebaut oder als Anbau errichtet werden.



#### 1.4 Nebenanlagen

- a) Nebenanlagen nach § 14 (1) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde zulassen, wenn für diese eine architektonisch gute Anbaulösung an die Garage oder das Hauptgebäude angeboten werden kann. Pergolen bis zu einer Größe von 20 qm sind außerhalb der Baugrenzen sowie freistehend zulässig. Mauern und Mauerscheiben im Zusammenhang mit Pergolen sind nur mit einem Mindestgrenzabstand von 3,00 m zulässig.
- b) Nebenanlagen nach § 14 (2) BauNVO kann die Baurechtsbehörde mit Zustimmung der Gemeinde zulassen.

#### 2.0 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 111 LBO)

##### 2.1 Dachform Hauptgebäude

- a) Als Dachform sind Satteldächer zulässig.
- b) Dachaufbauten sind unzulässig. Innerhalb einer Dachfläche ist kein Wechsel der Dachneigung zulässig.
- c) Anbauten dürfen im Rahmen der zulässigen Dachneigung abgewalmt werden.

##### 2.2 Dachneigung Hauptgebäude wird durch den Planeinschrieb festgelegt.

##### 2.3 Dacheindeckung

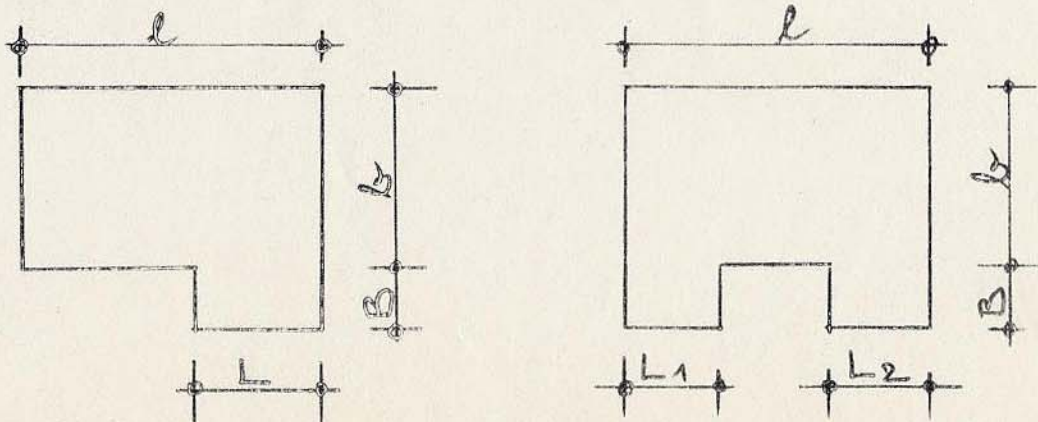
Dacheindeckung auf Hauptgebäuden rostbraun bis anthrazit, auf Nebengebäuden nicht leuchtend weiß oder zementfarbig.

##### 2.4 Kniestöcke auf den Hauptgebäuden sind unzulässig.

##### 2.5 Winkelbauten

Bei Winkelbauten sind folgende Forderungen einzuhalten:

- a) Die Breite  $B$  des Anbaus darf höchstens  $2/5$  der Breite  $b$  des Hauptbaukörpers betragen.
- b) Die Länge  $L$  (oder  $L_1 + L_2$ ) muß mindestens  $2/5$  der Länge  $l$  des Hauptbaukörpers betragen.





## 2.6 Freistehende Nebengebäude und Garagen

Freistehende Nebengebäude und Garagen sind in massiver Bauweise auszuführen und mit einem Flachdach von  $0 - 3^{\circ}$  Dachneigung zu versehen. Aneinandergebaute Nebengebäude und Garagen an der gemeinsamen Grundstücksgrenze sind material- und formgleich zu gestalten.

## 2.7 Freileitungen

Freileitungen sind zugelassen. Außenantennen für Fernseh- und Rundfunkempfang sind unzulässig. Es besteht Anschlußmöglichkeit an eine Gemeinschaftsantennenanlage.

## 2.8 Einfriedigungen

Als Einfriedigung sind im Plangebiet nur zugelassen:

- a) Frei wachsende oder geschnittene Hecken bis 1,00 m Höhe.
- b) Knotengitternetze aus verzinktem Draht an dunklen Pfosten bis 0,90 m Höhe mit Büschen und Hecken eingepflanzt.
- c) Holzzäune aus zwei dunkel imprägnierten, horizontal laufenden Brettern, an dunkel imprägnierten Pfosten bis zu 0,90 m Höhe.
- d) Scherengitterzäune bis 0,90 m Höhe.

Freistehende Mauern sind nur in Ausnahmefällen zulässig und grundsätzlich genehmigungspflichtig.

Die Garagenüberfahrten an der Heubergstraße sind von den Bauherren auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten. Die Überfahrten sind einheitlich in Grasbetonsteinen herzustellen. Die Ausführungsart wird gemeinsam mit dem Stadtbauamt festgelegt.

## 2.9 Haustürwindfänge

Haustürwindfänge, die über den Gebäudeumriß hinausragen, nicht in Verbindung mit einem Nebengebäude errichtet werden und nicht unter dem Hauptdach liegen, sind unzulässig.

- 2.10 Ausgrabungen und Anfüllungen sind nur in Ausnahmefällen bis max. 1,00 m zulässig. Sinngemäß sind Lichtgrabentiefen bis max. 1,00 m zulässig. Lichtgrabenböschungen sind zu bepflanzen und zu begrünen.



Vorlage für den Gemeinderat Nr. 72/83

13.7.83

H. Kinding

Betr.: Vereinfachte Änderung von Bebauungsplänen wegen  
Einführung der Traufgesimsregelung

hier: Satzungsbeschluß

Vorgang: Beratung im Technischen Ausschuß am 21.3.1983

1. Sachverhalt

Die Verwaltung wurde aus der Mitte des Gemeinderates beauftragt, zu überprüfen, ob die in den neueren Bebauungsplänen enthaltene Traufgesimsregelung auch in anderen Baugebieten eingeführt werden kann.

Die Traufgesimsregelung ist in den Bebauungsplänen Schwampenbühl, Gänsäcker I und II, Taläcker I und II, Wangen, Kirchwiesen I und II, Lützelesch und Rohrentalstraße eingeführt. Sie hat sich bis heute bewährt. Planer und Bauherr haben mehr Planungsfreiheit und mehr Möglichkeiten zur Ausnutzung des über dem letzten Vollgeschoss liegenden Dachraumes. Um diese Möglichkeiten weiter zu eröffnen und um hierzu eine einheitliche Regelung zu erreichen, wird vorgeschlagen, diese Traufgesimsregelung auch in die untenstehenden Bebauungspläne einzuführen und entgegenstehende Vorschriften in den Bebauungsplänen aufzuheben.

2. Stellungnahme der Verwaltung

Um die materiellen Voraussetzungen für die vereinfachte Änderung zu erfüllen, wurde das Beabsichtigte am 02.04.83 in den Tageszeitungen bekanntgemacht mit dem Hinweis, daß Anregungen und Bedenken bis 13.04.83 vorgebracht werden können. Anregungen und Bedenken gingen daraufhin nicht ein.

3. Beschlußvorschlag

Es wird beantragt zu beschliessen:

Aufgrund § 2 Abs. 1, § 10 und § 13 Abs. 1 BBauG vom 18.8.76 (BGBI. I S. 2256, sowie § 4 Abs. 1 der GO von Baden-Württ. i.d.F. vom 22.12.1975, Ges.BI. S. 1) wird folgende Änderung der Bebauungspläne Grund, Semmelweisstraße, Längelen, Längelenweg-Ost, Lachstraße, Raine I ausser Ackermannstraße, Bulzen III, Lehmgrube II, Primstraße, Primstraße II, Heubergbahndamm, Ried-Hochsteig, Bubsheimer Straße, Scheibenbühl, Griessen, Lache I, Lache II und Gunninger Straße, Raine II als

S a t z u n g

gem. § 13 BBauG beschlossen.



1. Auf Wohnhäusern mit Satteldächern (Giebeldächer) gilt beim Einbau von Kniestöcken folgende Traufgesimsregelung
  - a) Die Traufgesimshöhe (Unterkante vorgehängte Rinne bzw. Verschalung bei eingebauter Rinne) darf höchstens 2,80 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
  - b) Die Oberkante des Traufgesimses (Gesimsverkleidung) darf höchstens 3,20 m über der festgesetzten EG-Rohfußbodenhöhe liegen.
  - c) Bei mehrgeschossigen Häusern wird die Höhe nach a) und b) sinngemäß von Oberkante Rohfußboden des letzten Vollgeschosses mit senkrechten Aussenwänden festgesetzt.
  - d) Ausnahmen von a, b, und c können bis zu 1/3 der Trauflänge zugelassen werden. Über höherliegenden Traufen sind keine Dachaufbauten zulässig.
2. Entgegenstehende Regelungen über Traufgesimsregelung und Kniestöcke in den einzelnen Bebauungsplänen werden mit Inkrafttreten dieser Satzung aufgehoben.
3. Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

ein (1)

*Handwritten signature*

Teufel

*Handwritten signature*



Vorlage für den Gemeinderat Nr. 81/92  
für die Sitzung am 14.09.1992

*3. Änderung*

Vereinfachte Änderung verschiedener Bebauungspläne  
für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen  
sowie Geräte- und Geschirrhütten

Vorgang: Beratung im Technischen Ausschuss am 20.01.92  
und Gemeinderat am 16.03.92 (Vorlage 30/92)

I. Sachverhalt

Auf Grund entsprechender Empfehlung des Technischen Ausschusses hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, das formelle Verfahren zur vereinfachten Änderung verschiedener Bebauungspläne für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen sowie Geräte- und Geschirrhütten durchzuführen (siehe III.)

II. Stellungnahme der Verwaltung

Um die materiellen Voraussetzungen für die vereinfachte Änderung nach § 13 BauGB zu erfüllen, wurde das Beabsichtigte am 03.09.92 in den Tageszeitungen bekannt gemacht und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß Einwendungen bis zum 08.09.1992 vorgebracht werden können. Hierauf sind keinerlei Anregungen oder Bedenken vorgebracht worden.

III. Beschlussvorschlag

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 10 und § 13 Baugesetzbuch vom 08.12.1986 (BGBL. S. 2253) wird in den nachstehend aufgeführten Bebauungsplänen folgende Regelung für die Zulässigkeit und Gestaltung von Pergolen sowie Geräte- und Geschirrhütten als

**S A T Z U N G**

gemäß § 13 Baugesetzbuch beschlossen:

**§ 1**

Pergolen sind nur zulässig, wenn folgende Höchstwerte eingehalten werden:

Grundfläche 20 m<sup>2</sup>, Gesamthöhe 2,80 m; Abstände zu Grundstücksgrenzen 2,50 m.

Deckung waagrechte Holzbalken, Abdeckung nur mit transparentem Material. Eine Pergolaseite darf auf 3/4 der Pergolahöhe mit einer Wandscheibe geschlossen werden.



**Geräte- und Geschirrhütten.** Zusätzlich zu einer Pergola ist je Baugrundstück eine Nebenanlage mit Ausnahme von Kleintierställen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO allgemein und auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Nicht zulässig sind Nebenanlagen im Vorgartenbereich. Als Vorgarten gilt derjenige Teil des Grundstücks zwischen dem Gebäude und öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Die Nebenanlagen dürfen einen umbauten Raum von max. 30 m<sup>3</sup> aufweisen und müssen einen annähernd quadratischen Grundriß haben. Die Nebenanlagen sind mit Satteldach auszuführen; das Dach ist in Material und Farbe wie das Hauptgebäude einzudecken (Gewächshäuser ausgenommen). Die Firsthöhe darf max. 3,00 m, die Traufhöhe soll ca. 2,00 m betragen. Diese Vorgaben gelten auch für genehmigungsfreie Nebenanlagen (bis 20 m<sup>3</sup> umbauten Raumes).

#### Hinweis:

Mit Nebenanlagen ist grundsätzlich ein Grenzabstand von 2,50 m einzuhalten. Bei der Ermittlung des umbauten Raumes sind offene Überdachungen im Anschluß an geschlossene Gebäude mitzurechnen.

#### § 3

#### Bebauungspläne

#### Befangenheit:

1. Lützelesch I	(3. Änderung)	StR. Merkt
2. Lützelesch II	(1. Änderung)	BM Teufel, StRe. Dreher, Dr. Aicher
3. Primstraße I	(1. Änderung)	StR. Schuhmacher
4. Heubergbahndamm	3. (3. Änderung)	StR. Wenzler
5. Ried-Hochsteig	(5. Änderung)	StRe. Wenzler, Dr. Aicher
6. Rohrentalstraße	(2. Änderung)	StR. Bolsinger
7. Bubsheimer Straße	(1. Änderung)	StR. Thurn
8. Scheibenbühl I	(2. Änderung)	
9. Scheibenbühl II	(1. Änderung)	
10. Griessen	(1. Änderung)	StR. Wenzler, Weißer
11. Schwampenbühl I	(6. Änderung)	BM Teufel, StRe. Wenzler, Klein, Mey
12. Hofener Öschle I	(1. Änderung)	
13. Hofener Öschle II	(2. Änderung)	StRe. Knapp, Thurn
14. Bulzen I/Teilbereich	(5. Änderung)	BM Teufel, StRe. Honer, Weißer, Riedmiller, Dreher
Martin-Luther-Straße		StRe. Schuhmacher, Germann
5. Robert-Koch-/ Alleenstraße	(1. Änderung)	
6. Taläcker I	(2. Änderung)	StR. Eyrich
7. Taläcker II	(3. Änderung)	BM Teufel, StR. Dr. Aicher
8. Gansäcker I	(4. Änderung)	StR. Klein
9. Gansäcker II	(2. Änderung)	StR. Riedmiller
10. Lache I	(2. Änderung)	
11. Lache II	(4. Änderung)	StR. Wenzler
12. Raine I	(4. Änderung)	StRe. Germann, Mey



23. Raine II	(3. Änderung)	BM Teufel, StR. Honer
24. Längelen	(6. Änderung)	StRe. Dreher, Honer
25. Längelenweg-Ost	(1. Änderung)	
26. Dellinger Weg	(1. Änderung)	
27. Wangen I	(4. Änderung)	StR. Schuhmacher
28. Lehmgrube II	(2. Änderung)	
29. Gunninger Straße	(2. Änderung)	StR. Mey

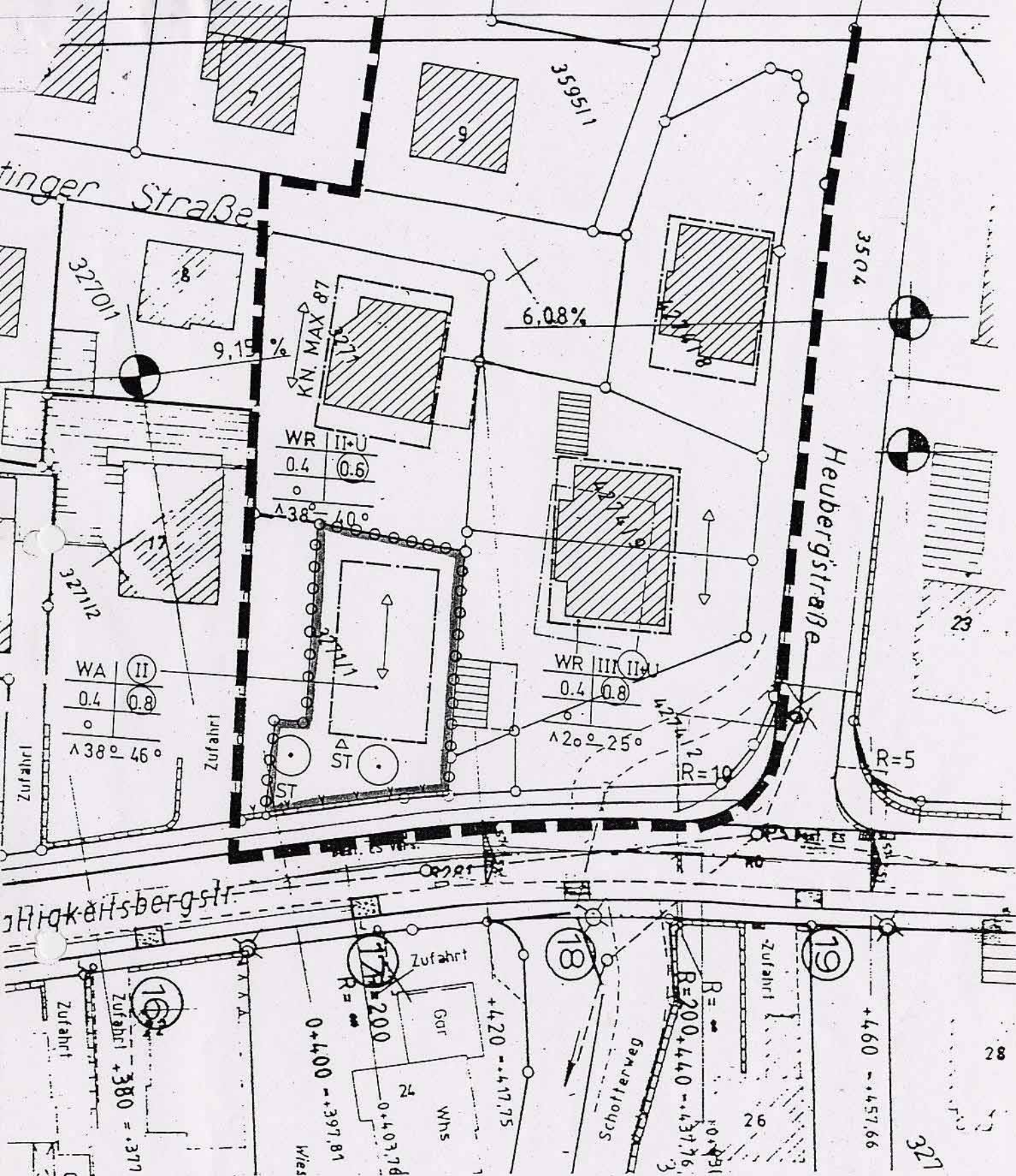
§ 4

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

*Teufel*

*U. S.  
Herr.*





# HEUBERGBAHNDAMM

VEREINFACHTE 4.ÄNDERUNG  
SPAICHINGEN, DEN 28.6.1997  
FÜR BEREICH PARZELLE 32711/1

ÄNDERUNGSBEREICH



# Stadt Spaichingen

## Satzung

über die vierte Änderung des Bebauungsplanes

### „Heubergbahndamm“

Auf Grund § 2 Abs. 1, § 10 und § 13 Abs. 1 BauGB vom 08.12.1986 (BGBl. I, S. 2253) geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBl. I, S. 1093) sowie § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, i. d. F. vom 03.10.1983 (Gbl. S. 578), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18.5.1987 (Gbl. S. 161) hat der Gemeinderat der Stadt Spaichingen am 07.07.97 die vierte Änderung des Bebauungsplanes „Heubergbahndamm“ gemäß § 13 BauGB als Satzung beschlossen.

#### § 1

Die Änderung ergibt sich aus dem Deckblatt zum Bebauungsplan mit Datum vom 28.6.97.

#### § 2

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Spaichingen, den 07. Juli 1997

*M. Teufel*

Teufel  
Bürgermeister

